



Für ein Europa des Respekts



Mein Name ist Maria Noichl. Als SPD-Europaabgeordnete kämpfe ich seit 2014 täglich für eine bessere EU. Eine EU, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Für ein Europa des Respekts. Wir haben viel geschafft in Europa, und auf diese sozialdemokratischen Erfolge bin ich besonders stolz:

- **KLARE ANSAGE** Wer europäisches Recht und Werte verletzt, kann keine Fördergelder bekommen.
- **GELIEFERT** Nur Produkte aus entwaldungsfreien Lieferketten dürfen nach Europa gelangen.
- **UNVERHANDELBAR** Wir stehen für Schutz gegen die Ausbeutung von Mitarbeiter:innen, z.B. in der Landwirtschaft.
- **LOGISCH** Wir sind für Lohntransparenz und Mindestlohn in der EU, um gerade Frauen endlich gerechter zu bezahlen.
- **NEIN ZU GEWALT GEGEN FRAUEN** Ja zur EU-weiten Istanbul-Konvention, Ja zur EU-Gewaltbekämpfungsrichtlinie.

Als Mitglied in den Ausschüssen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter mache ich mich als Europaabgeordnete besonders für eine enkel-taugliche Landwirtschaft und damit ein nachhaltiges Lebensmittelsystem wie auch für die Gleichstellung der Geschlechter stark. Deshalb ist es mir schon immer ein Anliegen alle Interessen im ländlichen Raum zu vertreten, allen zuzuhören und einen Interessenausgleich zu finden. Für einen lebenswerten ländlichen Raum mit Entwicklungsmöglichkeiten im Einklang mit Umwelt- und Naturschutz.

Ein Europa des Respekts muss auch fairer, gerechter und solidarischer werden. Dies gelingt, indem wir gute Jobs schaffen und faire Löhne für Frauen und Männer sichern. Gute Jobs, die nach Tariflohn bezahlt werden, wie es sie bei den für den Wirtschaftsstandort Bayern so wichtigen Arbeitgebern hier im südostbayerischen Chemiedreieck gibt. Profitiert doch eine ganze Region davon. Wir müssen auch entschieden gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug vorgehen.

Die Europawahl 2024 ist eine Schicksalswahl. Rechtsradikale greifen wieder nach der Macht, sie bringen Menschen gegeneinander auf und bedrohen so unsere Arbeitsplätze, unseren Wohlstand und unseren Zusammenhalt. Wir in der SPD setzen uns ein für Demokratie und eine gerechte Politik mit der klaren Ansage: **NIE WIEDER!**

In der Wahlkabine entscheiden wir daher alle, ob Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in unseren Köpfen und Herzen bleiben, oder Hass, Hetze und Faschismus zunehmen. Nehmen Sie oder nimm Du Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunde und Familie bei der Hand und gehen Sie oder geht gemeinsam zur Wahl. Gegen Hass und Hetze. Für ein Europa des Respekts.

Ihre
Maria Noichl



www.spd-europa.de



Liebe Trostbergerinnen und Trostberger,

sicherlich haben Sie sich schon über so manche Uneinigkeiten und Streitereien der Regierungskoalition geärgert. Seien Sie versichert, es geht Ihnen da nicht anders wie uns! Dabei haben wir immer versucht uns bestmöglich einzubringen um pragmatische Lösungen zu finden. Gerade auch bei schwierigen Themen wie dem Energiegebäudegesetz. Haben Sie deshalb auch vielleicht schon mit dem Gedanken gespielt aus Protest die AfD zu wählen um es „denen da oben“ mal zu zeigen? Wir bitten Sie inständig: Tun Sie das nicht!

Gerade in letzter Zeit wird durch die Aussagen und vor allem durch die Handlungen von AfD-Politikern immer deutlicher: Diese Partei gefährdet nicht nur unsere Demokratie, sie gefährdet auch unseren Wohlstand! Das ständige Gerede von einem „Europa der Nationen“ bedeutet nichts anders als die Zerschlagung der europäischen Union!

Doch wollen wir das wirklich? Die Folge wäre eine gigantische Schwächung unserer Wirtschaft mit fatalen Folgen bis hinein in den Lebensalltag für jeden von uns! Deutschlands Industrie ist exportorientiert und müsste mit enormen Exportschwierigkeiten kämpfen. Wiedereingeführte nationale Währungen würden Wechselkursschwankungen unterliegen. Die Folge wäre ein massiver Arbeitsplatzabbau. Doch das wäre noch lange nicht das Ende, denn auch unsere sozialen Systeme würden zerstört werden. Dazu gehören auch das Gesundheitswesen, Pflege und Renten. An freies Reisen ohne Grenzkontrollen haben wir uns alle gewöhnt. Das wäre dann auch Vergangenheit. Oder dass wir per Mobilfunk Urlaubsbilder oder WhatsApp-Nachrichten ohne Zusatzgebühren an unsere Lieben zu Hause schicken können, auch das wäre dann vorbei.

Nach allem, was über die beiden Spitzenkandidaten der AfD für das Europäische Parlament ans Tageslicht gekommen ist, muss man sich auch fragen, wessen Interessen die AfD eigentlich vertritt. Deutsche Interessen können es jedenfalls nicht sein.

Bitte gehen Sie zur Wahl. Nutzen Sie Ihr demokratisches Grundrecht! Auch die Wahlbeteiligung entscheidet über Stärke und Schwäche rechtspopulistischer Parteien. Wählen Sie eine demokratische Partei und bitte, lassen Sie sich nicht von Stammtischparolen und vermeintlich einfachen Lösungen in die Irre führen. Die SPD steht zu ihren Werten der Solidarität und der Freiheit. Deshalb bitten wir Sie, stärken Sie mit Ihrer Stimme die Sozialdemokratie in der europäischen Union.

Ihr
Martin Strenner
Vorsitzender
SPD Ortsverein Trostberg



ENTSCHEIDUNGSHILFE: EUROPAWAHL 2024

- Frauen & Männer sind gleichgestellt
- Klimaschutz vor Einzelinteressen
- Keine Privatisierung von Wasser
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort
- Demokratie ist unsere Zukunft
- Gemeinsame €-Währung

UNSER TIPP:
Wenn Sie mehr
als 3 x mit JA
gestimmt haben ...
... sollten Sie die SPD wählen!



Erinnern für Gegenwart und Zukunft

Viele interessierte Bürger besuchten die Gedenkveranstaltung zum 79. Jahrestag der Befreiung des KZ-Außenlagers Trostberg am 4. Mai.

„Dieser Gedenkstein hier auf dem Friedhof ist das letzte, was in Trostberg noch an das Konzentrationslager erinnert“, betonte Christian Buschinger vom Arbeitskreis Erinnerungskultur und gab einen Überblick über das KZ-Aussenlager.

Der 4. Mai sei ein Tag, um sich an ein dunkles Kapitel der Trostberger Geschichte und an die Opfer der Nazis zu erinnern, sagte Bürgermeister Karl Schleid. „Es ist uns Verpflichtung, ihr Leid niemals zu vergessen.“ Die Verbrechen dürften nicht verharmlost oder geleugnet werden, sagte Schleid. Es gelte, sich für Toleranz und Menschlichkeit einzusetzen.

„Genügt gedenken?“, fragte Pfarrer Dr. Florian Schomers rhetorisch. Gedenken allein reiche nicht, sei aber ein wichtiger Schritt, beantwortete er seine Frage selbst. Denn Gedenken führe zu Denken, Umkehr und Versöhnung. Doch Gedenken dürfe nicht zu einer leeren Floskel werden. Wie kann Gedenken gelingen?“, lautete eine weitere Frage. Seine Anregung: Mahnmale aufzustellen, wo sie passen und niemanden vereinnahmen.

Zum 80. Jahrestag der Befreiung 2025 engagiert sich die Bürgerinitiative AK Erinnerungskultur Trostberg und Umgebung für die Errichtung einer Informationstafel vor Ort am Rande des ehemaligen Lagers. Dadurch entstünde ein regionaler, örtlicher und konkreter Bezug zum Thema, der das persönliche Interesse weckt. Der Arbeitskreis hoffe, dass der Stadtrat und ein engagierter Teil der Bevölkerung dieses Anliegen unterstützen. Denn: „Es geht ja um keinerlei örtliche Schuld. Es geht um das Erinnern für die Gegenwart und unsere gefährdete demokratische Zukunft“, wie es Altbürgermeister Walther Heinze betonte.



1000 Häftlinge aus 17 europäischen Ländern

Fast tausend Gefangene aus 17 Ländern Europas haben 1944 bis 1945 im KZ-Außenlager Trostberg hinter Stacheldraht für die Rüstungsproduktion arbeiten müssen. Das Außenlager wurde am süd-östlichen Stadtrand, hinter den Gebäuden der damaligen Süddeutschen Kalkstickstoffwerke errichtet. Im Außenlager waren vor allem Häftlinge für die teilweise nach Trostberg ausgelagerte Produktion von BMW-Flugzeugmotoren unter menschenunwürdigen Bedingungen untergebracht.

„Der Terror und die Willkür, denen die Häftlinge im AL Trostberg ausgesetzt waren, bedeutete nicht nur extreme psychische, sondern vor allem auch physische Belastungen. Hunger, Kälte, Erschöpfung, kaum existente medizinische Betreuung, schlechte hygienische Bedingungen, Misshandlungen und Krankheiten bedeuteten für viele Häftlinge eine Auszehrerung, die oft zum Tod führte. Auch wenn für das AL Trostberg keine Hinweise zu Morden an Häftlingen durch Erhängen oder Erschiessen existieren, wurde der Tod von Häftlingen durch die im Lager herrschenden Bedingungen mittelbar herbeigeführt.“ So fasst Susanne Weisse in ihrer Magisterarbeit die Zustände zusammen. Erst durch diese Arbeit wurde das KZ-Außenlager in Trostberg einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Mehr Daten und Fakten dazu finden sich auf der dazugehörigen Homepage <https://kz-aussenlager-trostberg.de>.

Die Machtergreifung der rechtsextremen NSDAP hatte schon 1933 direkte Folgen in Trostberg: Die Nazis zwangen den damaligen demokratisch gewählten Bürgermeister Wilhelm Kellermann zum Rücktritt und entfernten die Sozialdemokraten aus dem Stadtrat. Grausame Folgen hatten viele Bürger aus Trostberg und Umgebung zu erleiden, die die Nazis in sogenannte Schutzhaft in das KZ Dachau brachten. Menschen, die sich für Freiheit und Demokratie engagiert hatten. Stellvertretend für diese Opfer seien hier der Trostberger Josef Kiene, nach 1945 Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung Bayerns, Landtagsabgeordneter und langjähriger Traunsteiner Landrat, sowie Alois Magg, den die Nazis jahrelang in den Konzentrationslagern Dachau, Flossenbürg und Mauthausen inhaftiert hatten, genannt.

Walther Heinze, Altbürgermeister

Impressum

Herausgeber und Verantwortlich
SPD Ortsverein Trostberg

Martin Strenner
Gerhard-Hauptmann-Str. 5
83308 Trostberg

www.spd-trostberg.de
kontakt@spd-trostberg.de
www.spd.de



Weg frei für mehr erneuerbare Energien

Ende April hat der Bundestag das Solarpaket in 2./3. Lesung abschließend beraten, mit dem der Ausbau von Photovoltaik (PV) auf Dächern, an Gebäuden sowie auf Freiflächen vorangetrieben werden soll. Vor allem für Privatpersonen wird die Nutzung der Solarenergie leichter, indem zahlreiche Hürden für die Genehmigung und die Installation von Dach- und Balkon-Solaranlagen beseitigt werden.

Auch im gewerblichen Bereich wird der Ausbau von PV-Anlagen erleichtert. Künftig sollen zudem mehr Flächen in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten für die EEG-Förderung freigegeben werden. Parallel stärkt und fördert das Gesetz PV-Anlagen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie Parkplatz-PV-Anlagen, durch die Flächen besonders effizient genutzt werden können.

Neben Photovoltaik adressiert der Entwurf auch andere erneuerbare Energien. In Windenergie-Bestandsgebieten kann Windkraft künftig noch schneller ausgebaut werden. Zudem wird die bis Ende Juni befristete EU-Notfall-Verordnung um ein Jahr verlängert. Damit bleibt Planungssicherheit in der Branche erhalten. Der Entwurf erleichtert zudem die Nutzung von Biogas und legt die Grundlage für einen künftig flexibleren und vielfältigeren Einsatz von Stromspeichern.



Untere Reihe von links: Rainer Schuster, Margarete Hulm, Josef Smolik, Norbert Pfeffer, Florian Boldt, Gaby Griesbeck. Mittlere Reihe: Martin Strenner, Stefanie Fingerhut. Obere Reihe von links: Peter Berg, Claudia Schuster, Peter Heigermoser, Anton Zeitlmayr, Daniela Baumann.

Neuwahlen bei der SPD Trostberg

Turnusgemäß standen bei der Trostberger SPD Ende April Neuwahlen an. An der Spitze steht jetzt Martin Strenner. Seine Stellvertreter sind Claudia Schuster und Josef Smolik. Die Kasse verwaltet in bewährter Weise Peter Heigermoser, während Stefanie Fingerhut neu das Amt der Schriftführerin übernommen hat. Als Beisitzer unterstützen Daniela Baumann, Peter Berg, Florian Boldt, Rainer Schuster und Anton Zeitlmayr, als Revisoren haben sich wieder Gaby Griesbeck und Margarete Hulm zur Verfügung gestellt.

Auf der gut besuchten Mitgliederversammlung wurden Norbert Pfeffer für 40-jährige, Margarete Hulm für 35-jährige und Josef Smolik für 30-jährige Mitgliedschaft geehrt.

Wussten Sie eigentlich,

- ... dass vom Mindestlohn von derzeit 12,41 Euro im Landkreis Traunstein 10.000 Bürger profitieren.
- ... dass Bundeskanzler Olaf Scholz den Mindestlohn zunächst auf 14 Euro und dann auf 15 Euro erhöhen will: „Diejenigen, die hart arbeiten und wenig verdienen, müssen bessere Löhne haben.“
- ... dass die bayerische Staatsregierung von CSU und Freien Wählern einmal versprochen hatte, alle drei Kindergartenjahre beitragsfrei zu stellen.
- ... dass der Beitragssatz zur Rentenversicherung zu Zeiten von Bundeskanzler Kohl teilweise bei 20,3 % und während der Regierung Merkel bei bis zu 19,9 % lag. Derzeit liegt er bei 18,6 %.
- ... dass die durchschnittliche Brutto-Rente nach 35 Versicherungsjahren im Jahr 2022 bei 1.550 Euro lag (lt. Rentenatlas DRV 2023).
- ... dass es die abschlagsfreie Rente mit 63, von der die FDP ständig redet und die sie abschaffen will, gar nicht mehr gibt: Da das Rentenalter bereits schrittweise angehoben wird, verschiebt sich das Renteneintrittsalter auch für alle mit Versicherungszeiten von 45 Jahren oder mehr. So kann z.B. der Geburtsjahrgang 1964 oder später auch bei 45 Versicherungsjahren erst mit 65 Jahren in Rente gehen.